



Einzureichen an: _____

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Regionalentwicklung und
Wissenschaft
Domplatz 12
39104 Magdeburg



Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) zum Aufbau eines Ausbildungszentrums im Kernrevier die Gewährung einer Zuwendung aus dem Programm

Bildungscampus Naumburg

Gemäß des Durchführungserlasses für die „ESF-nahe“ Maßnahme i. S. der transferrelevanten schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung, einschließlich Infrastruktur (Bildung) – JTF-Förderung Bildungscampus Naumburg

Finanzplanebene 15.03.3. – "ESF-nahe" Maßnahme i.S. der transferrelevanten schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung, einschließlich Infrastruktur (Bildung)

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

1.1 Allgemeine Angaben

Name

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)

Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail

Wirtschafts-Identifikationsnummer (§139c AO)

Umsatzsteuer-ID

Vorsteuerabzugsberechtigt? Ja Nein teilweise mit %

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Ort des Vorhabens (sofern abweichend von Ziffer 1.1 dieses Antrages)

Straße, Hausnummer		
PLZ	Ort	ggf. Ortsteil

2.2 Vorhabenbeschreibung (Kurzbeschreibung)

--

2.3 geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens	<input type="text" value="Tag/Monat/Jahr"/>	geplantes Ende des Vorhabens	<input type="text" value="Tag/Monat/Jahr"/>
----------------------	---	------------------------------	---

2.4 Angabe der Sollwerte zu Indikatoren

Indikator(en) (Code und Bezeichnung)	Basiswert (Ausgangswert)	Soll-Wert (Prognose zum Zeitpunkt der Antragstellung)
RCO67 - Klassenkapazität neuer oder modernisierter Bildungseinrichtungen in Personen*		<input type="text"/>
RCR71 - Nutzer neuer oder modernisierter Bildungseinrichtungen pro Jahr**	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Hinweis:

* Klassenzimmerkapazität in Form der Höchstzahl der Schüler/Studenten, die in die Bildungseinrichtungen eingeschrieben werden und diese nutzen können. Die Klassenzimmerkapazität sollte gemäß den nationalen Rechtsvorschriften berechnet werden, wobei jedoch Lehrer, Eltern, Hilfspersonal oder andere Personen, die die Einrichtungen ebenfalls nutzen können, nicht berücksichtigt werden sollen.

** Jährliche Zahl der registrierten Schüler/Studenten, die die geförderte Bildungseinrichtung nutzen. Der Indikator bezieht sich nicht auf Lehrer, Eltern, Hilfspersonal oder andere Personen, die die Einrichtung ebenfalls nutzen können. Der Indikator bezieht sich auf Bildungseinrichtungen wie Schulen und Universitäten, die neu gebaut oder modernisiert werden, wobei die Modernisierung keine energetische Renovierung oder Wartung und Reparaturen umfasst. Der Ausgangswert des Indikators bezieht sich auf die Zahl der Nutzer der geförderten Einrichtung, die für das Jahr vor Beginn der Intervention geschätzt wird, und ist bei neu gebauten Einrichtungen 0. Bei erreichten Werten sollte die Berechnung ex post auf der Grundlage der Anzahl und Größe der Gruppen von Schülern/Studenten erfolgen, die die Einrichtung mindestens einmal im Jahr nach Abschluss der Vorhaben nutzen.

2.5 Klimaverträglichkeitsprüfung

Sind im Rahmen des v. g. Vorhabens Infrastrukturinvestitionen mit einer erwarteten Lebensdauer von mind. 5 Jahren geplant?

<input type="checkbox"/>	Ja	(bitte Anlage zur Klimaverträglichkeitsprüfung den Antragsunterlagen beifügen)	<input type="checkbox"/>	Nein
--------------------------	----	--	--------------------------	------

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

3.1 Geplante Ausgaben (in Anlehnung an die Kostengruppen nach DIN 276) (in Euro)

Grunderwerb (KG 100 Grundstück)	<input type="text"/>
Investitionsausgaben	<input type="text"/>
davon KG 200 Herrichtung und Erschließung	<input type="text"/>
davon KG 300 Bauwerk/ Baukonstruktionen	<input type="text"/>
davon KG 400 Bauwerk/ technische Anlagen	<input type="text"/>
davon KG 500 Außenanlagen	<input type="text"/>
davon KG 600 Ausstattung	<input type="text"/>
davon KG 700 Baunebenkosten	<input type="text"/>
Summe der geplanten Ausgaben	<input type="text"/>

3.2 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Eigenmittel	<input type="text"/>
Beantragte Zuwendung	<input type="text"/>
Fremdmittel	
Weitere Fördermittel aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)	
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Sonstige Fremdmittel (bitte bezeichnen)	
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Summe der Finanzierungsmittel	<input type="text"/>

3.3 Aufteilung mehrjähriger Vorhaben

	Jahr	geplante Gesamtausgaben (in Euro)	beantragte Zuwendung (in Euro)	geplanter Einsatz der Eigenmittel (in Euro)
	20	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	20	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	20	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	20	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	20	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	Summe	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Einzelvorhaben gehörenden Unterlagencheckliste.

5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

- a) Mir/Uns sind die geltenden Vorschriften der §§ 23, 44 LHO und die dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung sowie der Durchführungserlass für die „ESF-nahe“ Maßnahme i. S. der transferrelevanten schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung, einschließlich Infrastruktur (Bildung) – JTF-Förderung Bildungscampus Naumburg bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus §§ 23, 44 LHO sowie den ANBest-Gk werden anerkannt.
- b) Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe(n) ich/wir noch nicht begonnen und werde(n) auch nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides beginnen, es sei denn, ich/wir erhalte(n) auf Antrag eine schriftliche Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn. Mir/uns ist bekannt, dass als Vorhabenbeginn grundsätzlich bereits der verbindliche Abschluss eines Lieferungs- oder Leistungsvertrages im Zusammenhang mit dem Vorhaben anzusehen ist.
Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Baugrunduntersuchung, Untersuchungen der Bausubstanz, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks (zum Beispiel Gebäudeabbruch, Planieren) nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.
- c) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung der beantragten Zuwendung gesichert. Hiermit versichere ich/versichern wir, dass bei der Planung des Vorhabens auch die Betriebs- und Instandhaltungskosten für das beantragte Vorhaben mit Infrastrukturinvestitionen bzw. produktiven Investitionen berücksichtigt wurden und damit Vorkehrungen getroffen wurden, die finanzielle Tragfähigkeit des Vorhabens zu gewährleisten. Mir/uns ist bekannt, dass ich/wir im Falle einer Förderung des beantragten Vorhabens, die getroffenen Vorkehrungen jederzeit nachweisen können muss/müssen.
- d) Ich versichere/Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- e) Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- f) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- g) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3.2 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- h) Ich erkläre/wir erklären, dass mit dem beantragten Vorhaben keine Ausgaben für eine Verlagerung gemäß Artikel 66 Absatz 1 Verordnung (EU) 2021/1060 in Verbindung mit Artikel 2 Nr. 27 Verordnung (EU) 2021/1060 und Artikel 2 Nr. 61a Verordnung (EU) Nr. 651/2014 gefördert werden. Eine Verlagerung ist gemäß Artikel 2 Nr. 61a Verordnung (EU) Nr. 651/2014 die Übertragung derselben oder einer ähnlichen Tätigkeit oder eines Teils davon von einer im Gebiet einer Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen Betriebsstätte (ursprüngliche Betriebsstätte) zu der im Gebiet einer anderen Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen Betriebsstätte, in der die geförderte Investition getätigt wird (geförderte Betriebsstätte). Eine Übertragung liegt vor, wenn das Produkt oder die Dienstleistung in der ursprünglichen und in der geförderten Betriebsstätte zumindest teilweise denselben Zwecken dient und der Nachfrage oder dem Bedarf desselben Typs von Verbrauchern gerecht wird und in einer der im Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen ursprünglichen Betriebsstätten des Beihilfeempfängers Arbeitsplätze im Bereich derselben oder einer ähnlichen Tätigkeit verloren gehen.
- i) Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir das Hinweisblatt zur Wahrung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB) zur Kenntnis nehme(n) und das Vorhaben im Einklang damit umsetzen werde(n). Sofern das beantragte Vorhaben auch die Förderung von Teilnehmern umfasst, werde ich/werden wir diese Informationen an die Teilnehmer weitergeben. Mir/Uns ist bewusst, dass eine Verletzung der in der Charta verankerten Grundrechte im Zusammenhang mit der Umsetzung des beantragten Vorhabens zu einem teilweisen oder vollständigen Widerruf der Zuwendung führen kann.
- j) Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- k) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.
- l) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- m) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.
- n) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs:** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1.1, 2.1, 2.2, 2.3, 2.4, 2.5, 3.1, 3.2, 3.3, 4. und 5. a), 5. b), 5. c), 5. d), 5. e), 5. f), 5. g), 5. h), 5. i) und 5. j) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste Ziffern 2., 3., 4., 5., 6., 7., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17. und 18. beizufügenden Unterlagen.



Ja



Nein

Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

- o) Elektronische Kommunikation: In der Regel erfolgt der gesamte Informationsaustausch zum geförderten Vorhaben elektronisch mit der Bewilligungsstelle über das IB-Kundenportal. Ausnahmen hiervon sind bei der Bewilligungsstelle zu beantragen und zu begründen. Für die Nutzung des IB-Kundenportals ist eine Registrierung erforderlich. Nähere Informationen zum IB-Kundenportal finden Sie unter <https://www.ib-sachsen-anhalt.de/kundenportal>.

6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

6.1 Veröffentlichung

Uns/Mir ist bekannt, dass mein/unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten gemäß Artikel 49 Absatz 3 Verordnung (EU) 2021/1060 veröffentlicht wird.

6.2 Zustimmung zur Beratung und Information

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Informationszwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

- a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.

- b) Einwilligung zur Informationsübermittlung der IB

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

per Post **telefonisch** **per E-Mail**

6.3 Hinweise zur Datennutzung

Mir/uns ist bekannt, dass die im Antrag geforderten Angaben zum Antragsteller zur Bearbeitung des Förderantrages notwendig sind (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c und Absatz 3 Buchstabe a Verordnung [EU] Nr. 2016/679 Datenschutz-Grundverordnung, § 4 Satz 1 Nr. 1 Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetz Sachsen-Anhalt - DSAG LSA in Verbindung mit Artikel 69 Absatz 2 und Anhang XVII Verordnung [EU] 2021/1060).

Außerdem ist mir/uns bekannt, dass die im Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung bei der IB verarbeitet sowie an die mit der Durchführung und Kontrolle der Förderung befassten Institutionen des Landes, des Bundes und der Europäischen Union übermittelt und von diesen verarbeitet werden können. Die Datenschutzhinweise nach Artikel 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung zum Umgang mit meinen Daten sowie die Information über die mir zustehenden Rechte habe ich/haben wir zur Kenntnis genommen (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB).

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)